

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/3642 –

Vorstellungen der Bundesregierung zur weiteren Ausgestaltung des Humboldt Forums

Vorbemerkung der Fragesteller

Nachdem der Deutsche Bundestag sich seit Ende der 90er-Jahre mehrfach mit der Frage der Neugestaltung der Mitte der Spreeinsel befasst hatte, traf er am 4. Juli 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9660) in namentlicher Abstimmung die Entscheidung, das Berliner Schloss historisch detailgetreu mit seinen drei barocken Fassaden wiederaufzubauen. Mit dieser Entscheidung und der Forderung vom 13. November 2003 (Bundestagsdrucksache 15/2002), den Beschluss so bald als möglich umzusetzen, folgte der Deutsche Bundestag nicht nur hinsichtlich der Gestaltung des Schlossareals den Empfehlungen der internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“, die auf Beschluss der Bundesregierung im Januar 2001 eingesetzt worden war, sondern übernahm auch das von der Expertenkommission empfohlene Nutzungskonzept eines „Schaufensters der Weltkulturen“.

Seitdem hat der Deutsche Bundestag seine Entscheidung mehrfach bekräftigt. Mit Beschluss der Bundesregierung vom 4. Juli 2007 wurde die Umsetzung der Bundestagsbeschlüsse vom 4. Juli 2002 und vom 13. November 2003 zur Wiedererrichtung des Stadtschlusses bestätigt. Mit dem Antrag der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wurde zusätzlich am 12. Dezember 2007 (Bundestagsdrucksache 16/7488) die Errichtung einer Kuppel im Bereich des ehemaligen Hauptportals beschlossen, deren Umsetzung im Rahmen des internationalen Realisierungswettbewerbs „Wiedererrichtung des Berliner Schlosses – Bau des Humboldt Forums im Schlossareal Berlin“ ermittelt werden sollte mit dem Ziel, die historische Mitte Berlins als Schaufenster von Geschichte und Kultur zu betonen und ein Zentrum der Begegnung und des Dialogs zwischen den Kulturen der Welt zu schaffen. Die Entscheidung der Jury des Architektenwettbewerbs von 2007/2008 entschied sich einstimmig für den Entwurf von Franco Stella, der den Wiederaufbau der Kuppel inklusive zahlreicher monarchischer und christlich ikonographischer Elemente vorsah.

Die damalige Bundesregierung bekräftigte im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom Oktober 2009 den Beschluss des Deutschen Bundestages zum Bau des Humboldt Forums am historischen Ort und in der äußeren Gestalt des Berliner Stadtschlusses. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages stimmte am 29. Juni 2011 der Bereitstellung des Budgets zu, um die Planungen umzusetzen. Die Grundsteinlegung für das neu errichte-

te Stadtschloss fand am 12. Juni 2013 im Beisein des Schirmherrn Bundespräsident Joachim Gauck statt. 2017 bekräftigten die Gremien der Stiftung die detailgetreue Rekonstruktion der Kuppel und der dazugehörigen Symbole. Schließlich wurde das Humboldt Forum nach zunächst bau-, dann coronabedingten Verzögerungen am 20. Juli 2021 eröffnet.

Nach kontroversen Debatten, intensiven Verhandlungen und jahrelangen Vorbereitungen entstand mit dem Humboldt Forum auf der Spreeinsel, im Zentrum der neuen Mitte der Hauptstadt Berlin, ein Bauwerk, das auf einer Nutzfläche von rund 44 300 Quadratmetern mehrere bedeutende Kulturinstitutionen (Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit dem Ethnologischen Museum und dem Museum für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin, Kulturprojekte Berlin und Stadtmuseum Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin sowie Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss als Bauherrin, Eigentümerin und Betreiberin) unter einem Dach vereint.

Im „Zeit“-Interview vom 8. Dezember 2021 mit dem Titel „Lasst uns endlich mal anfangen zu streiten!“ äußert die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Claudia Roth: „Es ist für mich ein Herzensanliegen, auf allen Ebenen zu überlegen, wie ein Projekt der Dekolonisierung unseres Denkens beginnen kann. Notwendigerweise muss man sich dann auch mit einer Reform im Humboldt Forum auseinandersetzen“. Es gebe zudem viel Nachholbedarf, wenn man ein offenes Forum schaffen wolle, das nicht Paternalismus, Dominanz und Ausgrenzung ausstrahle, so die Staatsministerin in demselben Interview (https://www.zeit.de/2021/51/claudia-roth-kulturstaatsministerin-ampel-kunstfreiheit-diversitaet?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

Im „FAZ“-Interview vom 7. Februar 2022 mit dem Titel „Das Humboldt Forum ist nicht der Vatikan“ sagt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: „Das Humboldt Forum ist meiner Meinung nach noch ein Rohbau.“ Im „Zeit“-Interview vom 13. Oktober 2022 bekräftigte sie dies mit der Aussage: „Das Humboldt Forum ist eine Baustelle und bleibt es auch.“ (https://www.zeit.de/news/2022-09/13/roth-humboldt-forum-bleibt-eine-baustelle?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

Im „FAZ“-Interview vom 7. Februar 2022 teilt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit: „Im Koalitionsvertrag steht: Wir wollen das Humboldt Forum zu einem weltoffenen Ort machen. Das heißt: So wie bisher geht das nicht.“ Zur Rückgabe von kolonialen Objekten äußert die Staatsministerin für Kultur und Medien, dass, wenn man über Gerechtigkeit rede, man über Rückgabe rede (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/claudia-roth-humboldt-forum-ist-nicht-der-vatikan-17783563.html>).

Im „Tagesspiegel“-Interview vom 21. Februar 2022 mit dem Titel „Ich will kämpfen wie eine Löwin“ bekräftigt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: „Gerade das Humboldt Forum sollte ja immer zeigen, wie offen dieses Land ist (...) Da sind Dinge passiert, die diesem Eindruck eher zuwiderlaufen. Mir ist auch schleierhaft, wie man so eine Kuppelinschrift machen kann.“ Weiterhin äußert die Kulturstaatsministerin: „Und dann setzt man auch noch ein Kreuz obendrauf als Beleg der großen Weltoffenheit. Also da will ich ran.“ Wir müssen uns dringend darüber verständigen, wie das Humboldt Forum zu einem Ort der Weltoffenheit werden kann. Da gibt es viel Gesprächsbedarf.“ Weiterhin äußert die Kulturstaatsministerin, sie habe sich im Januar 2022 mit den Leitungen der deutschen Museen, in denen es Kulturgüter aus dem ehemaligen Königreich Benin gebe, bei einer Konferenz ausgetauscht. Laut der Staatsministerin habe sich eine neue Dynamik in der Zusammenarbeit deutscher und afrikanischer Museen ergeben. Es sei ein Neubeginn, den sie weiter begleiten möchte (<https://plus.tagesspiegel.de/kultur/interview-mit-kulturstaatsministerin-claudia-roth-ich-werde-kampfen-wie-eine-lowin-397870.html>).

Der Generalintendant des Humboldt Forums, Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh, hat im Interview mit der „Berliner Morgenpost“ vom 11. September 2022 die Aussage gemacht: „Wir gehen jetzt erstmals in den vollständigen Betrieb, und

wir müssen ganz klar sagen, dass wir noch keine gesicherte Grundfinanzierung für die nächsten Jahre haben. Wir müssen mit dem Bund darüber reden, wie die hohen Erwartungen an das Humboldt Forum umgesetzt und finanziell abgesichert werden können.“ (<https://www.morgenpost.de/kultur/article236390149/Dorgerloh-Keine-gesicherte-Grundfinanzierung.html>).

1. Welche kulturpolitischen Ziele sollte das Humboldt Forum nach Ansicht der Bundesregierung bei den verschiedenen Dauer- und Wechselausstellungen verfolgen?

Das Humboldt Forum ist laut Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eine Kulturinstitution mit dezidiert internationaler Ausrichtung.

Die Bundesregierung möchte das Humboldt Forum als Ort der demokratischen, weltoffenen Debatte entwickeln. Die Ausstellungen sollen einer vorrangig künstlerischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen, globalen Themen sowie der Vielfalt und Diversität von Kulturen dienen und dabei internationale Kooperationen fördern und unterstützen. Die multiperspektivische Auseinandersetzung mit Themen in verschiedenen künstlerischen Formaten befähigt dabei das Humboldt Forum zu einer neuen Ausgestaltung von „Museum“: Über die klassischen Aufgaben des Museums (Sammeln, Bewahren, Erforschen) hinaus, soll es zunehmend darum gehen, einen „Dritten Ort“ zu schaffen, der neue soziale und transkulturelle Verbindungen knüpft und Resonanzen über nationale Grenzen hinaus bewirkt.

So besteht das vom Generalintendanten verantwortete Programm des Humboldt Forums nicht nur aus Dauer- und Wechselausstellungen, sondern umfasst ebenso die Ausstellungen der Humboldt Universität, der Stiftung Stadtmuseum, die von der Stiftung Humboldt Forum (SHF) verantwortete „Geschichte des Ortes“, Sonderausstellungen und Diskurs- und Veranstaltungsprogramm sowie das akteursübergreifende Bildungs- und Vermittlungsprogramm.

Richtungsweisend sind dabei die von den Hausleitungen aller vier Akteure in der Grundlagenstrategie festgelegten Ziele der internationalen Vielstimmigkeit, der Einbeziehung der diversen Stadtgesellschaft und der transdisziplinären und Zusammenarbeit, die Erfahrungswissen einbezieht.

2. Sollen nach Auffassung der Bundesregierung die Aufgaben und Schwerpunkte des Humboldt Forums mit anderen Berliner Kulturinstitutionen abgestimmt werden, und wenn ja, nach welchen Kriterien soll das Programm des Humboldt Forums von diesen anderen Institutionen inhaltlich abgegrenzt werden?

Das Humboldt Forum gestalten vier Institutionen gemeinsam: die Humboldt Universität, die Stiftung Stadtmuseum, die Staatlichen Museen zu Berlin mit dem Ethnologischen Museum und dem Museum für Asiatische Kunst sowie die SHF. Ausgehend von der Geschichte des Ortes und der in ihm beheimateten Sammlungen dienen dabei die Hauptthemen Kolonialismus und Kolonialität als Orientierung. Dabei unterscheidet sich naturgemäß die programmatische Ausrichtung der einzelnen Institutionen je nach Schwerpunkt (Sammlung, Wissenschaft, Berliner Stadtgesellschaft, Museum als „Dritter Ort“). Austausch und Zusammenarbeit finden zu diesen Themen mit diversen Berliner Institutionen und Kooperationspartnern statt, beispielsweise dem Deutschen Historischen Museum, dem Haus der Kulturen der Welt, dem Hebbel am Ufer, der Neuköllner Oper.

Im Hinblick auf Programmgestaltung für unterschiedliche Zielgruppen richtet sich das Humboldt Forum, gemäß seiner strategischen Zielsetzung, an die diverse Stadtgesellschaft. Das bedeutet ein Bemühen um Ansprache möglichst großer Teile der Bevölkerung im Unterschied etwa zu Programmangeboten lediglich für spezifische Bildungspublika.

3. Da laut Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Bundesregierung das Humboldt Forum zu einem „weltoffenen Ort“ machen möchte, wo sieht die Bundesregierung unmittelbar Handlungsbedarf?
4. Gibt es konkrete Anhaltspunkte dafür, dass das bestehende Ausstellungskonzept Defizite im Hinblick auf „Weltoffenheit“ oder „kulturelle Vielfalt“ hat, und wenn ja, worin bestehen diese?

Die Fragen 3 und 4 werden gemeinsam beantwortet.

Das Humboldt Forum soll sich im Sinne des Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu einem Ort des transkulturellen und interdisziplinären Austauschs der Künste, Kulturen und Wissenschaften über global relevante Fragen entwickeln. Schwerpunkt liegt dabei auf der kritischen Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und seinen Folgen, insbesondere unter Nutzung der Bestände des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Das Humboldt Forum hat sich dabei schon jetzt zu einem offenen Ort der internationalen Begegnung entwickelt, an dem Altes hinterfragt wird und Neues entsteht.

Um dem im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP formulierten Anspruch gerecht zu werden, muss sich das Humboldt Forum gleichwohl kontinuierlich verändern und weiterentwickeln. Der Wille zu Offenheit und Transparenz, die Anerkennung kolonialen Unrechts und vielfältige neue Formen der Kooperation und der Koproduktion mit Herkunftsgesellschaften sollen die Arbeit der Akteure im Humboldt Forum auch in Zukunft bestimmen.

5. Was meint die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit der öffentlichen Äußerung im Kontext des Kreuzes „Also da will ich dran“?
6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass das Kreuz auf der Kuppel zur historischen Rekonstruktion des Gebäudes gehört, und hält die Bundesregierung an dieser historischen Rekonstruktion einschließlich Kreuz fest?
7. Wie ist der aktuelle Stand der Beratungen zu einer inhaltlichen Kontextualisierung oder Änderung der Kuppelinschrift?

Die Fragen 5 bis 7 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung ist sich der Problematik bewusst, die von einer städtebaulich und baukulturell begründeten, gleichwohl politisch und religiös interpretierbaren Wiederherstellung der monarchischen und christlichen Symbolik am Gebäude einer Institution wie des Humboldt Forums ausgeht. Die Bundesregierung begrüßt, dass die Stiftung die Elemente der Rekonstruktion des Berliner Schlosses durch geeignete Formate und Maßnahmen kontextualisieren wird, und wird hierüber im Stiftungsrat weiter beraten. Der Text einer Informations-

tafel zur Kuppel, welche über den historischen Hintergrund der Entstehung der Kuppel informieren und die Haltung der Akteure des Humboldt Forums zum Ausdruck bringen soll, befindet sich derzeit in Abstimmung.

Als Teil der programmatischen Bemühungen zur Auseinandersetzung mit der Symbolik von Kuppel, Kreuz und Inschrift arbeitet die SHF außerdem an der Umsetzung eines Kunstprojektes zur temporären Überblendung der rekonstruierten Inschrift mit alternativen, kommentierenden und reflektierenden Texten. Dafür wird derzeit die technische Realisierbarkeit geprüft.

8. Was meint die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit der Aussage, dass das Humboldt-Forum eine Baustelle ist, und welche Folgen und konkreten politischen Maßnahmen ergeben sich daraus?

Sieht sie Änderungsbedarf am Bau oder an der Ausstellungskonzeption?

Teilt die gesamte Bundesregierung diese Einschätzung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien?

9. Gibt es aus Sicht der Bundesregierung die Notwendigkeit oder konkrete Bestrebungen bezüglich einer inhaltlichen Neugestaltung des Humboldt Forums?

Wenn ja, welche Rolle soll nach Ansicht der Bundesregierung dabei der Stiftungsrat einnehmen?

Die Fragen 8 und 9 werden gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort zu den Fragen 3 und 4 wird verwiesen.

10. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung, um mehr Menschen sowie neue und kulturell vielfältige gesellschaftliche Gruppen für das Humboldt Forum zu interessieren?

Wie möchte die Bundesregierung sicherstellen, dass das Humboldt Forum eine breite internationale Öffentlichkeit anspricht?

Welche inhaltliche Profilbildung und thematischen Schwerpunktsetzungen sind aus ihrer Sicht dafür erforderlich?

Bildung und Vermittlung gehören daher zu den Kernaufgaben, die die SHF gemeinsam mit ihren institutionellen Partnern, den Akteuren, erfüllt.

Sie verfolgt dabei das Ziel, die inhaltliche Profilbildung und thematische Schwerpunktsetzung gemeinsam mit Besuchern aus der diversen Stadtgesellschaft und der Weltgemeinschaft zu gestalten und internationale Partner als Stakeholder einzubeziehen. Um Zugänge zu unterschiedlichen Wissensformen zu ermöglichen und daraus im Dialog neue Ideen zu entwickeln, ist das Humboldt Forum bemüht, selbst seine Strukturen zu öffnen und Möglichkeiten zur Teilhabe zu schaffen. Das umfasst sowohl interne strukturelle Diversifizierungsmaßnahmen als auch die Schaffung einer externen Infrastruktur für globale Teilhabe.

11. Warum wurden im Bundeshaushalt 2022 die Mittel für das Humboldt Forum um 5 Mio. Euro gekürzt?

Welche organisatorischen, personellen, inhaltlich-konzeptionellen und technischen Veränderungen sind damit verbunden?

Gibt es Planungen, die Mittelkürzungen durch Stellenreduzierung, Einschränkung der Öffnungszeiten, Verringerung der Anzahl der Ausstellungen oder Erhöhung der Eintritts- und Nutzungsentgelte zu kompensieren?

12. Wie wird die Bundesregierung eine gesicherte Grundfinanzierung des Humboldt Forums in den nächsten Jahren sicherstellen?

Wie viele Mittel sind und werden in den nächsten Jahren in den Bundeshaushalt eingestellt?

Wann wurden bzw. werden darüber Gespräche mit dem Humboldt Forum, insbesondere mit dem Generalintendanten geführt?

Die Fragen 11 und 12 werden gemeinsam beantwortet.

Die Hintergründe der im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum Bundeshaushalt 2022 erfolgten Mittelkürzung im Vergleich zum Regierungsentwurf sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Grundlage für die Haushaltsführung der SHF ist der Wirtschaftsplan des jeweiligen Haushaltsjahres. Dabei obliegt es der SHF, durch Einnahmenreduzierungen durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren; für das Haushaltsjahr 2022 konnte die Kompensation insbesondere durch Restmitteln aus Vorjahren erfolgen. Der Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2022 ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und wurde vom Stiftungsrat in seiner 39. Sitzung beschlossen.

Über die Höhe der institutionellen Förderung in künftigen Jahren wird in den jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren entschieden, deren Ergebnisse abzuwarten bleiben. In diesem Rahmen führt die BKM regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand der SHF sowohl zum Mittelbedarf als auch zur Erstellung der Wirtschaftspläne auf Grundlage der verabschiedeten Bundeshaushalte.

13. Welche Rolle sollte nach Auffassung der Bundesregierung bei der kulturellen Nutzung des Humboldt Forums die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte spielen?

Mit welchen konzeptionellen Ansätzen und (museums)pädagogischen Methoden soll nach Ansicht der Bundesregierung die deutsche Kolonialgeschichte in den Räumen des Humboldt Forums dargestellt und vermittelt werden?

Konzeptionelle Ansätze und museumsfachliche Methoden gehören zum Kernbereich der kuratorischen Autonomie von Kultureinrichtungen, zu denen die Bundesregierung daher keine Vorgaben machen kann. Die Akteure, die im Humboldt Forum zusammenarbeiten, sehen in der kritischen Befassung mit dem Kolonialismus und seinen bis heute fortdauernden Kontinuitäten eine ihrer zentralen Aufgaben. Dabei geht es nicht nur um die Geschichte des Ortes und die hier präsentierten Sammlungen, sondern auch um deren Relevanz in der Gegenwart.

Grundlage für die Auseinandersetzung ist die kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der Rolle der Museen im Kolonialismus. Dabei kommt der Aufarbeitung der Erwerbungskontexte der Sammlungsbestände sowie der Einbindung unterschiedlicher Perspektiven, insbesondere derer aus Urhebergesell-

schaften, eine besondere Bedeutung zu. In Ausstellungen sowie im spartenübergreifenden Veranstaltungsprogramm werden diese Themen für eine breite Öffentlichkeit vermittelt. Neben der inhaltlichen Befassung mit den Themen Kolonialismus und Kolonialität geben sie dabei auch methodische Orientierung. Das bedeutet die Einbeziehung verschiedener Wissensformen und transdisziplinärer Arbeitsweisen zur konkreten Aufarbeitung der Fragen rund um diese Themen sowie zur multidirektionalen Aushandlung globalgesellschaftlicher Fragen unserer Zeit.

In Bezug auf die Ausstellungen wurden grundsätzlich zu allen im Humboldt Forum ausgestellten Werken und Objekten die Basisinformation zur jeweiligen Provenienz erarbeitet und zur Verfügung gestellt.

Um die Erwerbkontexte ausgewählter Fokalobjekte in besonderer Weise sichtbar zu machen, wurden Provenienzaufsteller in die Ausstellung integriert. Eine Gratispublikation mit den Provenienzzgeschichten ist in Deutsch und in Englisch im Humboldt Forum für jeden Besucher und jede Besucherin verfügbar. Die Inhalte sind auch per QR-Code aus dem Internet herunterzuladen. Neue Ergebnisse der Provenienzforschung werden dort ebenfalls hochgeladen.

Große Ausstellungsbereiche widmen sich zudem explizit der deutschen Kolonialgeschichte oder generell der Kolonialzeit und dem in dieser Zeit begangenen Unrecht.

Derzeit laufen bereits Residency-Programme zur gemeinsamen Vermittlung von Inhalten mit kolonialer Thematik zusammen mit Vermittlungsexperten aus Herkunftsregionen.

14. Wie viele Ausstellungsstücke werden in den Sammlungen im Humboldt Forum insgesamt ausgestellt?

Wie viele Ausstellungsobjekte davon stammen nach Kenntnis der Bundesregierung aus ehemals deutschen Kolonialgebieten?

Wie viele stammen aus Kolonialgebieten anderer europäischer Länder, und wie viele davon wurden nicht rechtmäßig erworben bzw. sind sogenannter Raubkunst zuzuordnen (bitte detailliert auflisten)?

Ausgestellt sind derzeit ca. 10 000 Objekte, von denen etwa die Hälfte aus Kontexten der deutschen Kolonialherrschaft stammen (siehe hierzu die Definition des Deutschen Museumsbundes zu kolonialen Kontexten).

Eine detaillierte Auflistung liegt der Bundesregierung nicht vor. Sie kann aufgrund der umfangreichen Anzahl der Objekte auch nicht innerhalb der Antwortfrist erstellt werden.

15. Inwieweit sieht die Bundesregierung Bedarf, die gegenwärtigen Maßnahmen im Bereich der Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Kolonialzeit zu intensivieren?

Welche Rolle kommt aus Sicht der Bundesregierung dem Deutschen Historischen Museum in diesem Prozess zu?

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit bleibt ein wichtiger kulturpolitischer Schwerpunkt. Das Deutsche Historische Museum hat sich der deutschen Kolonialzeit bereits vor längerem intensiv angenommen. Verwiesen wird etwa auf die DHM-Ausstellung „Deutscher Kolonialismus – Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart“, die vom 14. Oktober 2016 bis zum 14. Mai 2017 gezeigt wurde. Auch in der neuen Dauerausstellung, die sich

zur Zeit in Vorbereitung befindet, wird das Thema einen seiner Bedeutung entsprechenden Rang einnehmen.

16. Wie sollen nach Ansicht der Bundesregierung zivilgesellschaftliche Impulse in die Gesamtkonzeption des Humboldt Forums einfließen, die sich kritisch mit den kolonialen Kontexten ethnologischer Sammlungen auseinandersetzen?

Das Humboldt Forum hat als strategisches Ziel formuliert, ein Ort der diversen Stadtgesellschaft sowie der internationalen Vielstimmigkeit zu werden. Entsprechend erarbeitet es intensiv gemeinsam mit bestehenden Partnern, darunter kritische Stimmen von Herkunftsgesellschaften, nachhaltige Zukunftsperspektiven der Zusammenarbeit – so zuletzt im Rahmen eines umfangreichen Symposiums anlässlich der Eröffnung des Ostflügels.

Außerdem lädt das Humboldt Forum zivilgesellschaftliche Akteure aus Berlin, Deutschland und der ganzen Welt dazu ein, mittels Residency-Formaten, kollaborativen Projekten sowie Beiratsfunktionen die Gesamtausrichtung des Humboldt Forums mitzugestalten.

17. Sollen mit der Rückgabe von Ausstellungsobjekten an die Herkunftsländer nach Kenntnis oder Vorstellung der Bundesregierung Ausstellungsflächen für alternative Nutzungen vorgesehen werden, und wenn ja, wie sehen entsprechende Überlegungen dazu aus?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind die Ausstellungsflächen auch im Falle von Rückgaben für die gemeinsame Ausstellungsplanung im Rahmen u. a. von Kooperationsprojekten mit internationalen Partnern reserviert. Ein Beispiel sind die Flächen in der aktuellen Dauerausstellung, die den sogenannten Benin-Bronzen gewidmet sind. Im Rahmen der Restitutionsvereinbarungen wurde vereinbart, dass ca. 150 Objekte für zunächst 10 Jahre als Leihgaben in Berlin verbleiben. Diese werden in wechselnden Präsentationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wobei diese Präsentationen in enger Abstimmung und Kooperation mit den Partnern in Nigeria erarbeitet werden. Dabei ist der Prozess der Restitution als eines der zentralen Narrative in die Erstpräsentation aufgenommen worden, die historischen Objekte werden durch zeitgenössische Werke aus Nigeria ergänzt.

18. Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung der Austausch mit außereuropäischen Herkunftsländern sowie lokalen und internationalen Kooperationen bzw. Projekten bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Ausstellungen und anderen Programmprojekten gestärkt werden?

Hierfür gibt es aus Sicht der Bundesregierung vielfältige Bemühungen. Ein Beispiel ist das Projekt „The Collaborative Museum“ des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst. Ziel des Projektes ist es in den kommenden drei Jahren die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern auf verschiedenen Ebenen der Museumsarbeit und in der Befassung mit materiellen und immateriellen Erbe gegenseitig zu stärken. Dieses umfasst kollaboratives Arbeiten in folgenden Bereichen: Forschung, Vermittlung, Presse, Sprache, Restaurierung, Capacity Building, Digitalisierung, Restitution und Ausstellungenskonzeptionen. Das Projekt basiert auf einem intensiven Residency-Programm, in dem Partner direkt in die Arbeitsbereiche des Museums eingebunden werden und diese mitgestalten können.

19. Wie viel Mitspracherecht soll den Herkunftsländern bei der Präsentation ihrer Leihgaben bei der Gestaltung und dem Konzept der im Humboldt Forum präsentierten Sammlungen eingeräumt werden, und in welchem Rahmen?

Kooperation findet nach Kenntnis der Bundesregierung bereits in vielfältiger Weise statt – ob in Ko-Kuration oder kollaborativer Forschung, durch wissenschaftliche Beratung oder in künstlerischen Kommentaren. Die Art der Zusammenarbeit und damit auch der Umfang des Mitspracherechtes hängt von gemeinsam getroffenen Vereinbarungen ab und wird auch von den Gegebenheiten in den jeweiligen Herkunftsländern bestimmt. Eine Einbindung ist aber, wo immer möglich, beabsichtigt.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zur kuratorischen Autonomie in der Antwort zu Frage 13 verwiesen.

20. Verhandelt die Bundesregierung mit weiteren Ländern neben Nigeria derzeit über die Rückgabe von Kunst- und Ausstellungsobjekten bzw. hat sie deren Rückgabe bereits vereinbart?

In welchen Fällen davon wird es nach Kenntnis der Bundesregierung zu Dauerleihgaben an deutsche Museen kommen (bitte detailliert nach Ländern auflisten)?

Die Bundesregierung führt aktuell keine weiteren Rückgabeverhandlungen.

21. Welches finanzielle Gesamtvolumen steht der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und wie viel davon dem Humboldt Forum für die Provenienzforschung zur Verfügung (bitte detailliert auflisten)?

Da die im Humboldt Forum ausgestellten Objekte, deren Provenienzen erforscht worden sind oder noch erforscht werden, zu Sammlungen der SPK gehören, obliegt diese Aufgabe der SPK. Deswegen wurden bei der SPK vier wissenschaftliche Mitarbeiterstellen für die Provenienzforschung eingerichtet, die sich mit den außereuropäischen Sammlungen, darunter den im Humboldt Forum ausgestellten Sammlungskonzerten und Objekten befassen. Vier weitere Stellen wurden für die Provenienzforschung zu anderen Erwerbungskontexten eingerichtet.

22. Bei wie vielen der Objekte, die im Humboldt Forum gezeigt werden, sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Provenienzen erforscht?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden die Provenienzen aller ausgestellter Objekte geprüft und nach aktuellem Kenntnisstand angegeben. Die Erwerbkontexte wurden identifiziert. In verschiedenen Fällen sind nun vertiefende Erforschungen gemeinsam mit den internationalen Partnern geplant.

23. Plant die Bundesregierung, den Bereich der Provenienzforschung am Humboldt Forum auszubauen?

Wenn ja, sollen hierzu weitere Stellen am Humboldt Forum bzw. an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz geschaffen werden?

Provenienzforschung spielt aus Sicht der Bundesregierung eine zentrale Rolle für eine zukunftsweisende Museumsarbeit. Die systematische und kontinuierliche Provenienzforschung an den Sammlungen des Ethnologischen Museums

und des Museums für Asiatische Kunst sind dabei ein zentrales Ziel. Zu den hierfür bereits ausgebrachten Stellen wird auf die Antwort zu Frage 21 verwiesen.

24. Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung dabei auf die Provenienz der Objekte verwiesen?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

25. Wie weit ist nach Kenntnis der Bundesregierung die historische Rekonstruktion der Außenfassade mittlerweile fortgeschritten?

Welche konstitutiven Elemente fehlen noch?

Nach Kenntnis der Bundesregierung fehlt an der Fassade noch die sogenannte große Wappenkartusche an Portal 3. Diese wird im Augenblick angefertigt und soll im ersten Quartal 2023 angebracht werden.

Daneben gibt es noch sogenannte bauliche Optionen, deren mögliche Realisierung u. a. von der Erbringung entsprechender Spenden abhängig sind, wie etwa den zunächst zurückgestellten Ausbau von Portal 4 und 5 oder Balustradenfiguren.

26. Welche noch fehlenden Elemente sind bereits in Auftrag gegeben, aber noch nicht gefertigt, und warum?

27. Welche noch fehlenden Elemente müssen noch beauftragt werden, und wann ist beabsichtigt, die Beauftragung vorzunehmen?

Wenn nicht, warum?

Die Fragen 26 und 27 werden gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung wird der Ausbau von Portal 4 bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Anschließend ist der Ausbau von Portal 5 vorgesehen. Der Ausbau kann nicht gleichzeitig erfolgen, da zum Ausbau zeitweise Portalschließungen erforderlich sind und eine Zugänglichkeit des Humboldt Forums von der Lustgartenseite immer gewährleistet sein muss.

Die Arbeiten für Balustradenfiguren neben und an der Kuppel haben begonnen. Die Planungen dafür sind abgeschlossen und es wurden 1:1 Modelle angefertigt. Weitere Aufträge sind nicht erteilt worden. Hierzu wurde im Stiftungsrat noch Erörterungsbedarf gesehen.

28. Welche noch fehlenden Elemente sind bereits gefertigt, aber noch nicht angebracht, und warum?

Wann ist von ihrer Realisierung am Bau auszugehen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung gibt es keine bereits komplett gefertigten Elemente, die noch nicht angebracht sind.

29. Finden nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell Gespräche mit dem Architekten Franco Stella über urheberrechtliche Fragen in Bezug auf die plangetreue Realisierung und mögliche Abwandlungen am Realisierungsentwurf statt?

Wenn ja, um welche Abweichungen handelt es sich dabei, und welche Abweichungen hält die Bundesregierung dabei für notwendig, sinnvoll und rechtlich möglich?

Die SHF befindet sich nach Kenntnis der Bundesregierung in regelmäßigem Austausch mit dem Architekten Franco Stella und führt konstruktive Gespräche über die weitere Realisierung der Pläne des Architekten. Dabei geht es auch um mögliche Abweichungen vom Realisierungsentwurf und deren urheberrechtlichen Anforderungen. Das Ergebnis der Gespräche bleibt abzuwarten.

